Ä2 Für echte Dekarbonisierung der Industrie – NetZeroValley Nordwest – CCS und Flächenverbrauch im Blick behalten

Antragsteller*in: Christian Wahrheit (KV Leer/Ostfriesland)

Änderungsantrag zu wA1

„Wir Grüne fordern, dass die industrielle Transformation in Niedersachsen konsequent auf eine echte Dekarbonisierung ausgerichtet wird. Das vorliegende NetZeroValley Nordwest ist in seiner derzeitigen Ausrichtung kein verlässlicher Rahmen dafür. Es bündelt sinnvolle Transformationsvorhaben mit Projekten, die fossile Pfadabhängigkeiten verlängern, neue Importabhängigkeiten schaffen und Beteiligungsrechte unter Druck setzen. Klimaneutralität darf nicht zur politischen Fassade werden, hinter der Gas-, Reformer- und CO_2-Infrastrukturen unter neuem Etikett fortgeführt werden."

Wir erwarten ausdrücklich, dass regionale Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam an Lösungen zur Erreichung der Klimaziele arbeiten. Doch der vorliegende Förderantrag zum NetZeroValley Nordwest, sein Entstehen und die darin enthaltenen Vorhaben müssen kritsch betrachtet werden. Es berührt Fragen von CO_2-Vermeidung, Flächennutzung und industriepolitischer Strategie auf Landesebene.

Hinzu kommt ein Demokratiedefizit. Über ein Vorhaben dieser Tragweite darf nicht vorrangig in Taskforces, Indstrieclustern und verwaltungsnahen Dialogformaten entschieden werden. Das NetZeroValley erfordert eine breite parlamentarische und kommunale Befassung, transparente Projektlisten und öffentliche Folgenabschätzungen. "Beiläufige" Unterrichtung kommunaler Gremien ersetzt keine demokratische Willensbildung.

Konkret möge die Landesdelegiertenkonferenz beschließen:

- Der Einsatz von CCS oder CCU darf ausschließlich bei eng definierten, technisch unvermeidbaren Prozessemissionen erfolgen. CCS und CCU dürfen weder in der Energiewirtschaft noch zur Rechtfertigung Gasimport- oder Terminalprojekte eingesetzt werden. Sie dürfen kein Geschäftsmodell zur Verlängerung fossiler Produktionspfade sein.

- Für alle Vorhaben im NetZeroValley Nordwest gilt der Grundsatz: Vermeidung vor Verlagerung, Effizienz vor Mehrverbrauch, direkte Elektrifizierung vor Wasserstoff, erneuerbarer Wasserstoff vor CCS/CCU

- Eine politische Unterstützung des NetZeroValley Nordwest darf sich nicht auf Vorhaben erstrecken, die auf Erdgasreformierung, fossilem, blauem oder ‚CO_2-armem' Wasserstoff, Methanimporten, LNG-Folgestrukturen oder CO_2-Infrastrukturen zur Verlängerung fossiler Geschäftsmodelle beruhen.

- Für Industrie- und Technologieansiedlungen innerhalb des NetZeroValley gilt ein verbindliches Brownfield-first-Prinzip. Vorrang haben bereits versiegelte oder industriell vorbelastete Flächen. Vor jeder politischen Unterstützung sind Lage, Vorbelastung, Eigentumsverhältnisse, Naturschutzstatus, Alternativenprüfung und geplanter Nutzungszweck sämtlicher Potenzialflächen vollständig offenzulegen. Natura-2000-relevante, moorrelevante und ökologisch hochwertige Flächen sind von Industrie- und Infrastrukturansiedlungen freizuhalten..

- Die Landesregierung soll für das NetZeroValley Nordwest sämtliche Steuerungs-, Beteiligungs- und Kommunikationsstrukturen offenlegen. Dazu gehören die beteiligten Behörden, Taskforces, Cluster, externen Unterstützungsstrukturen, Kommunikations- und Lobbyakteure, Projektträger sowie deren jeweilige Rollen bei Vorbereitung, Priorisierung, Außendarstellung und politischer

Flankierung des Vorhabens. Für alle relevanten Gremien und Formate sind Zusammensetzung, Aufgaben, Entscheidungswege und Protokolle bzw. Ergebnisvermerke transparent zu machen.

- Die Landesregierung soll jährlich offenlegen, welche Vorhaben im NetZeroValley politisch unterstützt werden, welchen Beitrag sie tatsächlich zur Emissionsminderung leisten, wie hoch Strom-, Wasser- und Flächenbedarf sind, welche Fördermittel eingesetzt werden und ob Lock-in-Risiken oder neue Importabhängigkeiten entstehen.

- Die Aufnahme von Vorhaben in das NetZeroValley darf nicht zu Sonderrechten im Planungs- und Genehmigungsrecht führen. Eine Einstufung als Projekt von überragendem öffentlichen Interesse, die Reduzierung von Klage- und Einspruchsmöglichkeiten, Experimentierklauseln und sonstige rechtliche Vereinfachungen zu lLasten von Umwelt- und Beteiligungsrechten lehnen wir ab

- „Öffentliche Förderung, Leitmärkte, regulatorische Privilegierungen, Infrastrukturkostensenkungen oder sonstige Wirtschaftlichkeitsstützen dürfen nicht für fossilbasierte, blaue oder ‚CO_2-arme' Wasserstoffpfade, Erdgasreformierung, Methanimporte oder CO_2-Transport- und Speicherketten zur Verlängerung fossiler Geschäftsmodelle eingesetzt werden. Öffentliche Mittel sind auf erneuerbare Elektrifizierung, Speicher, Netze, Effizienz, Kreislaufwirtschaft und auf tatsächlich erneuerbaren Wasserstoff in eng begrenzten Anwendungen zu konzentrieren.

- Die industrielle Transformation im NetZeroValley Nordwest darf nicht zu neuen fossilen Abhängigkeiten führen. Die Energiekrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022 und die aktuelle Krise um die Straße von Hormuz zeigen, dass Gasabhängigkeit Versorgungssicherheit, Preisstabilität und politische Handlungsfähigkeit untergräbt. Vorrang haben deshalb Energieeinsparung, Effizienz, direkte Elektrifizierung, erneuerbare Energien, Netze und Speicher. Diese senken die Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern und schützen Haushalte wie Industrie besser vor geopolitisch ausgelösten Preisschocks.

- Der Aufbau neuer LNG-, Methan- und fossilnaher Importstrukturen im NetZeroValley schafft keine nachhaltige Energiesouveränität, sondern verlagert bestehende Abhängigkeiten. Die Landesregierung darf keine Vorhaben unterstützen, die den Nordwesten dauerhaft an importiertes US-LNG, synthetisches Methan oder andere fossilnahe Molekülpfade binden. Ziel grüner Industriepolitik muss sein, geopolitische Verwundbarkeit zu verringern – nicht russische Abhängigkeiten durch neue Abhängigkeiten von US-Gas oder anderen importierten fossilen Energieträgern zu ersetzen

Begründung

Der Text behandelt das NZV als grundsätzlich hilfreiches Vorhaben mit einzelnen Korrekturbedarfen. Die Projektliste des NZV geht deutlich weiter und umfasst ausdrücklich fossilnahe und CO_2-bezogene Großinfrastrukturen.

Es fehlt eine klare Transformationshierarchie. Genau diese Priorisierung ist aber nötig, um zu verhindern, dass Wasserstoff, Reformierung und CO_2-Infrastruktur zum Ausweichpfad statt zur eng begrenzten Ausnahme werden. Das Brainstorming benennt dieses Defizit bereits ausdrücklich.

Ohne ausdrücklichen Ausschluss von "CO2-Management" für den Energiesektor und zur H2-Produktion bleibt der Antrag zu offen. Der NZV-Antrag nennt gerade solche Vorhaben ausdrücklich, darunter TES-ATR, TES-Dampfreformer und CO_2-Terminals.

Das NZV wird selbst als dicht vernetztes Regionalprojekt mit Innovationsclustern und enger Zusammenarbeit von Industrie, Wissenschaft und Verbänden beschrieben. Parallel wird der Energy Hub als Bündnis von über 40 Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und politischen Akteuren

dargestellt, das „gemeinsam getragen“ sei und politische Rahmenbedingungen einfordert. Gerade weil hier Projektentwicklung, Standortmarketing und politische Interessenvertretung eng ineinandergreifen, braucht es eine verbindliche Transparenzpflicht statt bloßer Selbstdarstellung.

Die Stoßrichtung des "NZV" ist nicht nur „Technologieoffenheit“, sondern aktive öffentliche Absicherung fossiler Interessen. Der Energy Hub fordert ausdrücklich einen einheitlichen Standard für „CO_2-armen Wasserstoff“ "unabhängig vom Erzeugungspfad", die Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken, Leitmärkte für Wasserstoff, reduzierte Infrastrukturkosten sowie den schnellen Ausbau von CO_2-Abscheidung und multimodalen CO_2-Transportketten. Das ist keine neutrale Transformationspolitik, sondern der Versuch, neue Geschäftsmodelle politisch und finanziell bankfähig zu machen

Die EU hat ihre Abhängigkeit von Russland seit 2022 stark reduziert, ist aber zugleich in eine neue Konzentration geraten: Im Januar 2026 kamen 60 Prozent der EU-LNG-Importe aus den USA; laut Reuters erwartete Kpler für 2026 sogar etwa 65 Prozent. Gleichzeitig hat Trump offen erklärt, die EU müsse Energie aus den USA kaufen, und Reuters berichtete über weitere energiepolitische Forderungen Washingtons an Europa, darunter ein Rahmen mit 250 Milliarden Dollar jährlichen US-Energieeinkäufen und Druck bei Regulierungsfragen. Selbst die EU-Kommission und der Rat begründen den Ausstieg aus russischem Gas mit dem Risiko „schädlicher Abhängigkeit“; 2025 deckte Russland trotz Krieg noch 12–13 Prozent der EU-Gasimporte, der vollständige Ausstieg greift erst schrittweise bis Ende 2027. Das zeigt: Große Methan-Importinfrastrukturen halten das System politisch offen für neue Erpressbarkeit und künftige Rückfälle. Hinzu kommt, dass TES-Chef Marco Alverà aus genau jener alten Gaswirtschaft stammt, die Erdgas bereits als Waffe einzusetzen wusste. In den USA wirbt er für WHV als Handelsplatz für "LNG-Deals mit Trump", während hier das Narrativ "Grüner Gase" gepflegt wird - ein Falle?

Unterstützer*innen

Daniel Wusowski (KV Leer/Ostfriesland); Chuck Nießit (KV Leer/Ostfriesland); Hannes Coners (KV Cloppenburg); Bettina Häusler (KV Leer/Ostfriesland); Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Sean Heller (LV Grüne Jugend NdS); Sonka Kretzmer (KV Leer/Ostfriesland); Anneke Schüür (KV Leer/Ostfriesland); Mario Berzau (KV Leer/Ostfriesland); Juliane van Vugt (KV Leer/Ostfriesland); Hedwig Daute (KV Leer/Ostfriesland); Claudia Spendel (KV Leer/Ostfriesland); Sebastian Weidehase (KV Leer/Ostfriesland); Sabrina Neugebauer (KV Leer/Ostfriesland); Micha Halfwassen (KV Leer/Ostfriesland); Torsten Franz (KV Lüneburg); Gerhard Stern (KV Leer/Ostfriesland); Marcus Stieger (KV Leer/Ostfriesland); Lüder Müller (KV Leer/Ostfriesland); Jens Busemann (KV Leer/Ostfriesland); Friedrich Drees (KV Leer/Ostfriesland); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Sarah Koopmann (KV Leer/Ostfriesland); Anna Münkenwarf (KV Leer/Ostfriesland); Manfred Grave (KV Leer/Ostfriesland); Elisabeth Özge (KV Delmenhorst); Angelika Lohrengel (KV Leer/Ostfriesland); Hans-Joachim Janßen (KV Wesermarsch); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Anna Hanses (OV Emsland-Mitte); Bärbel Kraus (KV Wittmund); Nina Nakonetzki (LV Grüne Jugend NdS)